



## **ENTSCHLIESSUNG DES SPE-PRÄSIDIUMS**

### **Raketenabwehrsystem in Europa – Zeit für eine wirkliche transatlantische Diskussion**

Das SPE-Präsidium hat bei seiner Zusammenkunft am 3. Mai 2007 das von den Vereinigten Staaten auf bilateraler Basis gegenüber Polen und der Tschechischen Republik vorgetragene Anliegen diskutiert, Teile eines Raketenabwehrschildes auf deren Hoheitsgebiet mit dem Ziel aufzustellen, Bedrohungen von Staaten entgegenzuwirken, die Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen verfolgen.

Die SPE ist überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft eine einheitliche Position einnehmen sollte, um einer Bedrohung durch eine Verbreitung von Waffen, Wettrüsten und Destabilisierung des regionalen oder internationalen Machtgleichgewichts vorzubeugen und politische und diplomatische Bemühungen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu unterstützen. Im neuen internationalen Kontext wird der Politik zur Konfliktverhütung und der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen hohe Bedeutung eingeräumt. Ein umfassendes Engagement aller betroffenen Seiten ist entscheidend, um das Ziel der nuklearen Abrüstung und die Achtung internationaler Vereinbarungen wie des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (NPT) zu erreichen.

Die SPE ist besorgt angesichts der Risiken, die durch die US-Pläne entstehen, 2011-2012 ein Raketenverteidigungsprogramm in Europa zu beginnen. Wir sollten eine Spaltung und Schwächung der internationalen Bemühungen zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vermeiden.

Wir sollten uns an allen Bemühungen zur Vermeidung eines neuen Wettrüstens in Europa oder von Spannungen mit anderen Nuklearmächten beteiligen. Deshalb sind geeignete Konsultationen und der Austausch relevanter Informationen mit Russland unerlässlich, einschließlich hinsichtlich der Zukunft des Vertrags über die Reduzierung strategischer Waffen (START), der 2009 ausläuft.

Die SPE ruft die US-Regierung und alle beteiligten Seiten auf,

- einen neuen Dialog und Konsultationen mit der EU und innerhalb der NATO aufzunehmen,
- einen konstruktiven Dialog mit Russland zu verfolgen, um das geplante Raketenverteidigungssystem vorzustellen,
- einen starken multilateralen Ansatz mit allen betroffenen Staaten und Organisationen in Europa und weltweit bezüglich der Zukunft der Raketenabwehr und zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu verfolgen.

Angesichts der weit reichenden Konsequenzen und Folgen für die GASP unterstützt die SPE eine Diskussion zu diesem Thema auf EU-Ebene. Einer gemeinsamen Lösung für die wachsenden Probleme der Nichtweiterverbreitung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Priorität eingeräumt werden, um die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft zu stärken, unilaterale Maßnahmen zu vermeiden und die globale Sicherheit zu erweitern.

Wir müssen eine Spaltung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten in einer so entscheidenden Angelegenheit wie der Nichtweiterverbreitung verhindern. Dies liegt in unserem gemeinsamen Interesse, um dauerhafte Stabilität und langfristige Sicherheit zu fördern.

